Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.

Aktuell seit 02.11.2026 14:30:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002614
Ersteintrag:	02.03.2022
Letzte Änderung:	02.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Wallstr. 58 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930726207100 E-Mail-Adressen: info@wvmetalle.de Webseiten: www.wvmetalle.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1.260.001 bis 1.270.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
12,53

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Michael Niese**
   Funktion: Hauptgeschäftsführer
2. **Ulrich Grillo**
   Funktion: Vizepräsident
3. **Stefan Michel**
   Funktion: Präsident
4. **Dr. Christiane Heunisch-Grotz**
   Funktion: Vizepräsidentin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. **Dr. Daniel Quantz LL.M.**
2. **Dr. Martin Wieske**
3. **Dr. Michael Niese**
4. **Katrin Schön**
5. **Sylvia Postranecky**
6. **Helena Schmidt**
7. **Michael Tamke**
8. **Johannes Appel**
9. **Jeanne Marie Demuth**
10. **Dr. Michael Niese**
11. **Ulrich Grillo**
12. **Dr. Christiane Heunisch-Grotz**

Gesamtzahl der Mitglieder:
321 Mitglieder am 29.04.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):
1. Bundesverband der deutschen Industrie e. V.
2. European Metals a.i.s.b.l.
3. Wirtschaftsforum der SPD
4. Wirtschaftsrat der CDU

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (45):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Entwicklungspolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Cybersicherheit; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Bauwesen und Bauwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Recht"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Rüstungsangelegenheiten; Automobilwirtschaft; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die WirtschaftsVereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen(NE)-Metallindustrie mit rund 627 Unternehmen und 107 000 Beschäftigten. Im Jahre 2023 erwirtschaftete die Branche einen Umsatz von insgesamt 65 Milliarden Euro (Stand Juni 2024). Ihre Aufgaben gegenüber den Mitgliedsunternehmen sieht die WirtschaftsVereinigung Metalle in der wirtschaftspolitischen Interessenvertretung der deutschen Erzeuger und Verarbeiter von NE-Metallen: besonders in der Handels-, Umwelt-, Steuer-, Energie- und Verkehrspolitik.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. **Praxisorientierte Änderung des BImSchG auf Grund der Umsetzung der IED**

   Beschreibung:
   Die WVMetalle fordert, dass die IED möglichst 1:1 in deutsches Recht umgesetzt wird. Dabei sollten alle Übergangsvorschriften und Ausnahmetatbestände weitestgehend berücksichtigt werden. Zudem soll die Festsetzung von Grenzwerten, Umweltleistungswerten und Umweltleistungsniveaus unter frühzeitiger Beteiligung der betroffenen Branchen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Weiterhin soll die Umsetzung möglichst unbürokratisch und unter weitestgehender Verwendung schon bestehender betriebsinterner Prozesse erfolgen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   BImSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2505050001** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **nationale Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)**

Beschreibung:
Die Nutzung der Option zur Öffnung des Prüfungsmarktes für Dritte bei einer allgemeinen Beibehaltung der angestrebten 1:1 Umsetzung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. **Corporate Sustainability Due DIligence Directive und Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

Beschreibung:
Positionsbezug zum LkSG zum einen, mit der Forderung einer Beibehaltung des LkSG unter Aussetzung der Kontrollen. Zum anderen Positionsbezug hinsichtliche der nationalen Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie CS3D.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 495/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG)

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

4. **Novelle der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)**

Beschreibung:
Schwerpunkt der Änderung der Gefahrstoffverordnung (Artikel 1) ist die Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Krebserkrankungen. Ein Element ist hierbei die vollständige Implementierung des risikobezogenen Maßnahmenkonzepts bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B, welches bereits 2008 vom Ausschuss
für Gefahrstoffe beschlossen wurde und seither im technischen Regelwerk verankert ist. Dadurch werden insbesondere die Anforderungen an Schutzmaßnahmen an das statistische Risiko, durch die konkrete Tätigkeit eine Krebserkrankung zu erleiden, gekoppelt. Ferner enthält die Gefahrstoffverordnung eine Regelung zu reproduktionstoxischen Stoffen der Kategorie 1A oder 1B zur Umsetzung der Richtlinie 2022/431 zur Änderung der Krebsrichtlinie 2004/37

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 403/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

5. **Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß als Ausgleich für den Wegfall des Spitzenausgleich**

   Beschreibung:
   Verstetigung der Absenkung

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 232/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht
   Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

6. **Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Verfahren**

   Beschreibung:
   Die WVMetalle fordert die Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Verfahren. Das Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht ist dabei ein positiver Schritt in die richtige Richtung. Wir begrüßen die im Zuge der Novelle verabschiedeten Ansätze zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Allerdings gibt es noch weitere Beschleunigungspotenziale welche notwendig sind, um bürokratische Anforderungen für die Unternehmen zu kompensieren.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/7502 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht
   Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   BImSchG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

7. **Änderung des Stromsteuergesetzes sowie der Stromsteuer-Durchführungsverordnung**

   Beschreibung:
   Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß und Entfristung der Absenkung.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/12351 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht
   Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

8. **Änderung des Stromsteuergesetzes sowie der Stromsteuer-Durchführungsverordnung**

Beschreibung:
Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß und Entfristung der Absenkung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12351 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

9. **Abfallverbringungsverordnung**

Beschreibung:
Einfluss auf die DIWASS Debatte und Richtungsweisung in der Umsetzungsphase. Einführung in den Circular Economy Act.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

10. **Revision EU-ETS Benchmarks**

Beschreibung:
Die im Entwurf vorgesehene erhebliche Verschärfung der Benchmarks führt unserer Einschätzung nach zu einer massiven Erhöhung des Carbon-Leakage-Risikos. Die derzeit vorgesehene Absenkung der Fallback-Benchmarks um bis zu 50 % hätte de facto eine drastische Reduktion der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten zur Folge und würde etliche Unternehmen der NE-Metallindustrie in ihrer Existenz bedrohen. Daher plädiert die WVMetalle dafür, alle Flexibilitäten zu nutzen, die der Rechtstext der Kommission einräumt, da nicht für alle betroffenen Prozesse in der NE-Metallindustrie ausreichend nicht-fossile Alternativen zur Verfügung stehen.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. **Kurzposition Krieg im Nahen Osten: Durchdachte Energie- und Rohstoffsouveränität bedeuten Sicherheits-, Industrie- und Standortpolitik**

Beschreibung:
Versorgungssicherheit (u.a. im Bereich der Energie), Wettbewerbsfähigkeit und Transformation müssen in einer geopolitisch unsicheren Zeit zusammen gedacht werden,

damit die energieintensive NE-Metallindustrie – und damit ein zentraler Bestandteil deutscher und europäischer Souveränität – dauerhaft am Standort Deutschland gehalten werden können. Eine verlässliche Rohstoffbasis bildet dabei das Fundament für die industrielle Autonomie Europas. Ohne den gesicherten Zugang zu Metallen wie Aluminium, Kupfer oder Nickel bleibt die angestrebte Souveränität in anderen Schlüsselsektoren unerreichbar. Dies ist zugleich eine entscheidende Voraussetzung, um zukünftige geopolitische Schocks besser abfedern zu können.

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]

12. **Stellungnahme Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA**

Beschreibung:
Im Gesetzentwurf ist die Finanzierung des Kapazitätsmarkts über eine Umlage vorgesehen, die die WVMetalle kritisch sieht. Als WVMetalle lehnen wir die Finanzierung über eine Umlage grundsätzlich ab, da wir die klare Befürchtung haben, dass durch diese Umlage eine erhebliche Belastung für die energieintensive NE-Metallindustrie entsteht. Daher soll sich bei der Ausgestaltung der Umlage an den Regelungen zur Umlage- bzw. Aufschlagsystematik nach Letztverbrauchergruppen aus dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 19. März 2002 orientiert werden. Dieses sah für die energieintensive Industrie eine Deckelung von 0,05 ct /kWh vor, für besonders energieintensive Unternehmen 0,025 ct/kWh.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6279 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

13. **Verbändeschreiben zur Industrieemissionsrichtlinie**

Beschreibung:
Die deutsche Industrie fordert bei der Umsetzung der IED eine konsequente 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben ohne zusätzliche nationale Verschärfungen. Weitere Bürokratie und strengere Anforderungen gefährden Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Arbeitsplätze. Stattdessen braucht es praxisnahe Regelungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren, den Abbau bürokratischer Hürden und die Nutzung aller EU-rechtlichen Ausnahmemöglichkeiten.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4786 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

14. **Verbändeanhörung zu den überarbeiteten Fassungen von Artikelgesetz und Mantelverordnung zur Umsetzung der IED**

Beschreibung:
Die WVMetalle unterstützt die Anpassung des deutschen Rechts an die IED, fordert jedoch eine konsequente 1:1-Umsetzung ohne zusätzliche nationale Verschärfungen. Neue Vorgaben dürfen die Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und die Transformation der Nichteisenmetallindustrie nicht beeinträchtigen. Statt zusätzlicher Bürokratie braucht es schlanke Verfahren, schnellere Genehmigungen und spürbare Entlastungen für die Unternehmen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4786 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; BImSchV 4 2013 [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

15. **CBAM**

Beschreibung:
Aluminium aus dem Anwendungsbereich von CBAM nehmen

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
2.500.001 bis 2.510.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Kupferverband e.V.
2. Aluminium Deutschland e.V.
3. Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2025-11-04_WVMetalle-Kurzfassung-Jahresabschluss-2024.pdf